

28. VII. 1917

Die Friedensfrage im Abgeordnetenhanse.**Erklärung des Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern.**

Wien, 27. Juni.

Graf Czernin hat heute durch den Ministerpräsidenten die Antwort auf drei Fragen über den Frieden mitgeteilt. Eine bewegte Debatte folgte dieser Erklärung, weil eine Stelle so gedeutet wurde, als hätte der Minister des Aeußern das Parlament von jedem Einflusse auf die Friedensverhandlung oder auf die Politik, die zum Frieden führen soll, ausschließen wollen. Hat er das wirklich getan und kann irgendein Minister des Aeußern bei seiner unermeßlichen Verantwortung auch noch die Lust haben, sich in einen Streit mit der Volksvertretung einzulassen; sollte er sich bewußt eine neue Schwierigkeit aufgeladen haben, während vielleicht die Vorbereitungen zu den Delegationen schon getroffen werden? Das wäre gegen alle Psychologie und auch gegen die Natur der Diplomatie. Ein Minister des Aeußern, der öffentlich über den Frieden zu sprechen hat, denkt zunächst an die Wirkung seiner Worte auf den Feind, auf die Neutralen, auf die Welt jenseits der Monarchie. Graf Czernin hat schwerlich das Haus verdrießlich machen wollen, als er sagte, es wäre ein Irrtum, daß die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, dessen Bestimmung verfassungsrechtlich dem Kaiser vorbehalten sei. Wir können uns einen zureichenden Beweggrund nicht vorstellen, warum der Minister des Aeußern sich jetzt damit hätte beschäftigen sollen, die Grenzlinien zwischen den Machtbefugnissen des Kaisers und den Rechten der Volksvertretung zu ziehen. In seinen Handlungen und Reden muß die Zweckmäßigkeit gesucht werden, die aus den Zusammenhängen seiner Politik mit innerlicher Folgerichtigkeit abzuleiten ist.

Wir schlagen das Heft einer der wichtigsten und verbreitetsten englischen Monatschriften auf. An der Spitze ist ein Artikel mit dem Todesurteil über die Monarchie. Sie müsse verteidigt werden, verschwinden und das Wort von Mazzini sich erfüllen, daß der Untergang besiegelt sei. Leicht wäre es bei der militärischen Lage an den Fronten im Norden und im Süden, über solche nichtsnutzige Großtuererei und über diesen Mangel an geschichtlicher Erkenntnis hinwegzugehen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten und leitende Minister der Entente nicht sich beständig Eingriffe in die inneren Verhältnisse der Monarchie und des Deutschen Reiches herausnehmen würden. Die Entente will durch Reizungen im Innern der Feindesländer die Widerstandskraft nach außen schwächen. Sie hat wiederholt die Absicht kundgegeben, Oesterreich in seine Bestandteile zu zerlegen. In milderen Stunden wollte sie damit sich begnügen, uns im Friedensvertrage vorzuschreiben, wie Oesterreich und wie Ungarn die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern zu regeln haben. Die künftige Verfassung beider Staaten der Monarchie soll am Tische der Friedenskonferenz ausgearbeitet werden. Darauf antwortet Graf Czernin, daß er den Grundsatz, ein dauerhafter Friede müsse aus dem Selbstbestimmungsrechte der Völker hervorgehen, nicht anerkannt habe. Das sagt er nicht dem Parlamente, sondern dem Feinde; das wendet sich nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern gegen dessen Aufzwingen durch fremde Mächte. Nicht die Freiheit der seit Jahrhunderten in Gemeinschaft lebenden Völker des österreichischen Staates wird angefochten oder gar bedroht, sondern die Freiheit von Oesterreich geschützt,

sich die Entwicklung der nationalen Unabhängigkeit, die mit der Einheit verträglich ist, von keinem Fremden befehlen zu lassen. Das Recht des Kaisers wird nicht gegenüber dem Parlamente, sondern gegenüber dem Präsidenten Wilson und dem Premierminister Lloyd-George hervorgehoben; nicht die Hoheitsrechte der Krone gegenüber den Abgeordneten, sondern die Unabhängigkeit gegenüber den Feinden wird verteidigt. Vor einigen Tagen ist das Ministerium des Grafen Lam-Martinic verabschiedet worden, weil es keine Mehrheit im Hause hatte. Nach diesem echt parlamentarischen Entschlusse sollte ohne genügende Veranlassung der Streit über den Einfluß der Volksvertretung auf den Frieden begonnen werden? Das ist unwahrscheinlich. Auslegungen von Reden, die nicht bloß für den häuslichen Gebrauch, sondern für die Welt bestimmt sind, müssen aus der Gesamtheit der Politik im Kriege kommen.

Die Friedenspolitik der Monarchie kann nach so vielen erlittenen Kumbdungen als eine der wenigen sicheren Tatsachen in der Verwirrung und Zerrüttung von Europa gelten. Die russische Formel von dem Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung ist hier zuerst anerkannt worden. Nach der Zustimmung des Deutschen Reiches sind die Mittelmächte gemeinsam für eine Politik, die das im Ausbaue seiner Freiheit begriffene russische Volk in den Gefühlen schonen, vor Demütigungen behüten und ein Verhältnis des Wohlwollens nach dem Kriege erleichtern soll. Graf Czernin hat nachdrücklich versichert, daß die Monarchie keine feindlichen Absichten gegen Rußland habe und sich auf dessen Kosten nicht vergrößern wolle. Das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes ist von beiden Staaten der Monarchie niemals angetastet worden. Die leitenden Staatsmänner in Wien und Berlin haben sofort nach dem Ausbruche der Revolution und nach der Abdankung des Kaisers Nikolaus erklärt, daß sie keinerlei Einmischung in die inneren Verhältnisse von Rußland wöllen und nur den Wunsch haben, mit diesem Volke, das seine Verfassung nach freiem Ermessen wählen könne, in friedlicher Nachbarschaft zu leben. Diese Vorurteilslosigkeit gegen eine Nation, aus der vielleicht ganz neue Formen der Regierung und Verwaltung entstehen könnten, verträgt sich nicht gut mit der Auslegung, daß der Minister des Aeußern dem eigenen, dem heimischen Parlamente habe sagen lassen wollen, es dürfe keinen Einfluß auf den Friedenswillen und auf die Friedensbedingungen nehmen. Die Rede hat die Richtung nach außen und nicht nach innen.

Die Entente arbeitet jetzt überall mit der innern Politik. Nicht bloß in den Mittelmächten, sondern auch bei den Verbündeten und bei den Neutralen. Der englische Botschafter in Petersburg war der Führer des Dumablocks; der englische Botschafter in Rom war an der Spitze der zum Kriege drängenden Partei. In Schweden und in der Schweiz sind bei den innern Krisen die Spuren äußerer Werkätigkeit deutlich zu merken. Freie Einrichtungen fehlen in Oesterreich noch auf wichtigen Gebieten; sie müssen geschaffen werden, damit die Volkskraft nach dem Frieden aufbaue, was der Krieg zerstört hat. Aber die Freiheit, die der Feind als Friedensbedingung auferlegt, wäre Anechtenschaft. Wunderlich ist es, daß solche Ansichten und Pläne aus der Heimat von Herbert Spencer kommen, einem der Schöpfer der Entwicklungslehre in der Politik. Oesterreich kann nur österreichisch frei sein, und das Selbstbestimmungsrecht muß ebenfalls die Gestalt haben, die ihm die österreichische Eigenart gibt. Ein ehrenvoller Friede ist der Wunsch aller Volksschichten in der Monarchie. Der Freimut, mit dem sie dazu sich bekannt hat, war die Politik des Grafen Czernin.